

Widersprüche

Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich
Heft 89 / September 2003: Zum Umbau von Bildung und Sozialstaat
bestellen bei: [Kleine Verlag](#)

Stephen J. Ball:

**Urbane Auswahl und urbane Ängste:
Zur Politik elterlicher Schulwahlmöglichkeiten**
(S. 59 – 74; Auszüge)

(.....)

Von ihren Befürwortern wird die freie Schulwahl als "Allheilmittel" präsentiert, welches die moribunden bürokratischen Bildungssysteme verwandeln und revitalisieren wird. Aber funktioniert sie? Hält die freie Schulwahl das, was ihre Befürworter versprechen? In der vorliegenden Arbeit werde ich argumentieren, dass diese Frage nach Abwägung vorhandener Ergebnisse unmissverständlich mit "Nein - tut sie nicht!" beantwortet werden muss. Anschließend möchte ich der Frage nachgehen, warum trotz eindeutiger Ergebnisse, dass die Politik der freien Schulauswahl nicht das hält, was sie verspricht, sie dennoch weiterhin große Popularität bei Politikern und Eltern genießt.

(.....)

So bilanziert Carnoy (2000: 19) in einer neueren Arbeit den Forschungsstand vor allem aus den Vereinigten Staaten aber auch anderen Ländern dahingehend, dass die 'Vermarktung' von Bildung zwar die Auswahl der Schulen für einen Bruchteil der Eltern erhöhe, aber aller Wahrscheinlichkeit nach nichts oder fast nichts zur Leistungsverbesserung der Gesamtheit der Schüler beitrage. Und ganz ähnlich sieht der deutsche Ökonom Manfred Weiss "die Ergebnisse der internationalen Bildungsforschung bei der Untersuchung der Funktionsweise und Auswirkung von Quasi-Märkten im Schulbereich darauf hindeuten, dass die Funktionalisierung von Wettbewerb und Dezentralisierung keinerlei überzeugende Erfolge erzielt hat bei der Erreichung von Leistungszielen ... Die bisherigen Ergebnisse deuten statt dessen darauf hin, dass Quasi-Märkte bestehende Ungleichheiten bei der Schulleistung und Chancen-Ungleichheit eher verstärken" (Weiss 2000) .

Entsprechend liefert - um ein besonders prägnantes Beispiel zu nennen - eine Studienreihe in England, durchgeführt von der Ökonomin Rosalind Levacic (Levacic, Hardman & Wollfs 1998; Levacic 1998; Levacic & Hardman 1999) überzeugende Beweise dafür, dass es keinen Zusammenhang zwischen Wettbewerb und Schülerleistungen gibt. In der ersten dieser Studien (Levacic et al. 1998) wurden Gruppen von vergleichbaren Schulen in wettbewerbsorientierten und nicht-wettbewerbsorientierten Umgebungen verglichen mit dem Ergebnis, dass die Letzteren ihre Leistungen im Vergleich zu Ersteren mehr steigerten. In der dritten Studie (Levacic & Hardman 1999), die ihre Aufmerksamkeit auf das Aushängeschild der Konservativen richteten - die Grant Maintained Schools - gab es "keinerlei Beweise", dass diese "effektiver sind in Bezug auf akademische Ergebnisse als LEA-Schulen" (ebd.: 202) obwohl sie höher finanziert und mit einer flexibleren Aufnahmepolitik besser gestellt worden waren, um Schüler nach Fähigkeit auszusuchen" (ebd.: 204).

(.....)

Wenn Moore & Davenport (s.o.) in ihrer Studie zum Schluss kommen, dass die freie Schulwahl "in der Regel eine neue und subtilere Form der diskriminierenden Auslese" (1990: 221) darstellt, beziehen sie dies jedoch nicht allein auf die 'Nachfrager-Seite'. Sehr eindrücklich konnten sie zeigen, wie auf der 'Angebotsseite' die Verfügungsfreiheit der auswählenden Schulen und die Komplexität der Aufnahmeprozedur maßgeblich zu einer entsprechend sortierenden Wirkung beitragen. So konstatiert ihre Studie "eine überwältigende Tendenz hin zu einer Schaffung von Prozeduren und Standards bei jeder Stufe im Aufnahmeprozess, die 'Problemschüler' aussortieren und die 'besten' Schüler aufnehmen.

(.....)

Dass freie Schulwahl in dieser Weise als 'Sortiermechanismus' fungiert, welcher Schülerinnen nach Rasse und Klasse trennt, konnte für die unterschiedlichsten Umgebungen belegt werden und dies nicht allein in den USA (vgl. die Auswertung von Schulprogrammen in New York, Chicago, Boston und Philadelphia).

(.....)

Allerdings kommt Kathryn Stearn von der Carnegie Foundation in ihrem Bericht über britische Reformen zum Ergebnis, dass "in den meisten konkurrenzstarken Kommunen, wie z.B. Greater London, es wahrscheinlicher ist, dass die Schulen die Schüler aussuchen als umgekehrt" (1996: 92).

(.....)

Gibt es überhaupt Material, das eindeutig positive Ergebnisse aus der Politik der freien Schulwahl dokumentiert? Kurz gesagt, sehr wenig! Shumow & Kang (1995) bilanzieren in einer Wisconsin Studie von 180 Fünftklässlern "einen geringfügigen Unterschied in der Schulorientierung der Kinder, der auf die freie Schulwahl zurückzuführen war" (ebd.: 25) und einen ähnlich "bescheidenen" Zuwachs des "Elternengagements in der Schule" (ebd.: 26). Tenbusch & Garet (1992) fanden in einem Bericht über offene Immatrikulation in Minnesota "begrenzte" Nachweise von "größerer Gerechtigkeit bei der Verteilung von schulischen Ressourcen auf der kommunalen Ebene" (ebd.: 35) und einen "kleinen aber bemerkbaren Anstieg bei der ethnischen Vielfalt der staatlichen Schulen in Minnesota" obwohl die meisten Schulen "nur einen sehr kleinen Anteil von Minderheitenschülern haben" (ebd.: 35).

Es gibt auch eine englische Studie, die von positiven messbaren Ergebnissen berichtet, die auf den Wettbewerb unter den Schulen zurückzuführen sind - hier wird Wettbewerb als die Existenz von einem Wettbewerber innerhalb eines Kilometers definiert. Bradley, Johnes und Millington (1999) fanden über den Zeitraum 1993-1998 dass die "Leistungsfähigkeit um durchschnittlich 1,3 Prozent gestiegen ist". Allerdings wird die Relevanz dieser Studie dadurch eingeschränkt, dass sie zum Einen verallgemeinert - der Bezug auf den regionalen Markt ist wie bereits erwähnt Bedingung - und dass sie verschiedene nicht-markt-relevante Faktoren, wie z.B. Anzahl der Schüler in einer Klasse, die ja auch Zuwächse und Verluste bei der Leistung beeinflussen, unzureichend berücksichtigt.

Alles in allem sind also die Nachweise, welche zur Unterstützung der freien Schulwahl vorgebracht werden, äußerst dürftig - kleine Indikationen, gewisse Unterschiede, geringfügige Verbesserungen, uneindeutige Auswirkungen. Sie entsprechen in keinster Weise dem, was wir auf Grund der Begeisterung und des Engagements der Befürworter der freien Schulwahl erwarten würden.

* * *

Stephen J. Ball,
Centre for Public Policy Research, King's College London, UK